

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Deutschland

Paul Theuring
Bismarckstr. 24, Halle a. S.
Telefon 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Verlag: Neue Promenade 1a und Große Deubaustraße 17
Einzelpreis: 250,00 Mark
Abonnement: 12,00 Mark monatlich
Einschub: 10,00 Mark monatlich
Einschub: 10,00 Mark monatlich
Einschub: 10,00 Mark monatlich

Verlag: Neue Promenade 1a und Große Deubaustraße 17
Einzelpreis: 250,00 Mark
Abonnement: 12,00 Mark monatlich
Einschub: 10,00 Mark monatlich
Einschub: 10,00 Mark monatlich
Einschub: 10,00 Mark monatlich

Die Reparationsausssprache beginnt!

Uebereichung des deutschen Memorandums am Donnerstag / Zustimmung der Parteiführer / Ankündigung englischer und italienischer Regierungserklärungen / Arbeitslosenparade in Leipzig / Neue Staatsarbeiterfrage.

Hoffnungsschimmer.

Die internationale Reparationsdebatte macht zwar keine, aber doch merkliche Fortschritte. Ueber die Stellung der deutschen Regierung und die Haltung des erweiterten deutschen Angebots sind in der Presse Mitteilungen erschienen, die man getrost als mäßige Kombinationen bezeichnen kann. Sie werden dadurch nicht richtiger, daß sie sich fast durchweg auf die Tenorbestimmung eines französischen Journalisten stützen, wohl aber ist es überaus bedauerlich, daß dieser Journalist, der einer der übelsten Heher ist, offenbar immer wieder von gewissen deutschen Politikern informiert wird. Das Schmerzgemisch der außenpolitischen Erörterungen liegt augenblicklich nicht in Deutschland. Abgesehen natürlich von der überragenden Machtzentrale Paris, kommt außerordentlich viel auf die zwischen England und Belgien sich anknüpfenden Fäden an. England bemüht sich ganz offensichtlich, Belgien aus der französischen Verbindung herauszulösen. Der belgische Sachverständige Barthe hat einen Reparationsplan ausgearbeitet, der, trotzdem er für England überaus ungünstig ist, dennoch von London aus unterstützt zu werden scheint. Danach soll eine französisch-belgische Priorität geschaffen werden, wonach Frankreich 30 und Belgien 5 Milliarden Goldmark deutscher Jahreszahlungen erhalten sollen. England würde die Reparationszahlungen für die französische Schuld fordern sollte, müßte Deutschland diese Zahlungen übernehmen. Die übrigen Länder würden gleichfalls an Reparationen zu verzinsen haben. Englands Forderungen würden erst nach der Zahlung der 35 Milliarden an Frankreich und Belgien in Frage kommen, was praktisch auf einen Verzicht hinausläuft. Es ist zu erwarten, daß sich die englische Öffentlichkeit gegen dieses Projekt auflehnt. Auch Amélie's Stellungnahme konnte den Plan unter Umständen gefährden. Darum legt man in London auch nach des Eilen eine Umarbeitung des Boner Planes ins Feuer. Ganz gleich, welches das Schicksal all dieser Bemühungen sein wird, die Vorgänge zeigen, daß man ernstlich beabsichtigt, die Reparationsverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Darauf deutete auch die von uns schon gestern gemeldete Erklärung hin, die der englische Premierminister Baldwin dem Außenminister des "Petit Parisien" gegeben hat.

Ende Juni Alliiertenkonferenz?

Zinzuziehung Deutschlands.
(Eigene Drahtmeldung.)
London, 5. Juni.
Ueber die nächsten bevorstehenden diplomatischen Ereignisse nach Empfang der deutschen Note am Donnerstag macht der stets sehr gut unterrichtete diplomatische Mitarbeiter der "Daily News" folgende Angaben, die nach Informationen des "Bain News" jordanien zutreffend sind: Darnach soll Ende Juni eine internationale Konferenz stattfinden, in der alle einflussreichen Staaten, soweit möglich, eine Lösung ausgeführt werden sollen. Sobald die alliierten Mächte zu einer Einigung gelangt sind, sollen die Vertreter Deutschlands zugezogen werden und dann in einer allgemeinen Konferenz der Versuch gemacht werden, das komplizierte Problem der Wiedergutmachung endgültig zu lösen.

Die Streitwelle.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)
Im Ruhrrevier ist das Feuer vorläufig gelöscht. Aber niemand weiß, ob es nicht bald wieder emporbricht. Alle Streitkräfte müssen darin überein, daß der kommunistischen Streikaktionen, so sehr man politisch ihr Bestehen und besonders ihre verhängnisvolle Auswirkung an die Franzosen bekämpfen muß, die Stimmung der Bevölkerung doch inwieweit entgegenkommen, als von ihr der Ruf ausging: Stilleres Brot, mehr Lohn! Die Streitwelle ist aber nicht auf das Ruhrgebiet, diesen schlimmsten Brennpunkt der wirtschaftlichen Ereignisse, beschränkt geblieben: Sie ist auch in Köln und in Düsseldorf ausgebrochen, in Dresden und in Lauban gab es ebenfalls Unruhen und aus anderen Orten laufen fortgesetzt erste Nachrichten über die Erregung der Massen, über die Empörung angegriffen der rielenshaft anwachsenden Teuerung, über die Reizung der Arbeiterschaft ein, durch Streik eine Erhöhung der Einnahmen und damit eine Besserung ihrer Lage erzwingen zu wollen. Regierung und Reichstag sind gewarnt. Den Kopf in den Sand zu stecken, wäre die verkehrteste Politik. Aber heißt es nicht manchmal zu aus, als ob die beamteten Männer Deutschlands der Vogelstanz-Politik huldigen? Werden nicht die notwendigen zähen Entschlüsse allzu oft und allzu lange durch das Gedankenfließen angehalten? Nicht wahr kommt es heute an, in Ausschüssen und Konferenzen mit viel Klugelei und schlauer Durchführung der Materie festzuhalten, woher das Unglück kommt und warum es gegenwärtig so groß ist, sondern es kommt darauf an, daß schnell geholfen wird. Und mehr denn je verlangt das Volk in seiner breiten Masse Führung von Seiten der Regierung. Es sieht nur die äußeren Vorgänge: daß die Preise täglich wachsen und sich überheben, daß die Kaufkraft der Mark schwindet wie Schnee in der Wüstenebene, und daß — das Aufreißende! — Arbeiter und Großgewerbetreibende immer vom selben Tag feiern. Wo ist, in Fragen der Massen, die große Aktion, die die fürchterliche Preissteigerung auf nur etwas Einhalt tun könnte? Wir sehen nicht, daß irgend etwas geschieht.
Am meisten leidet der Mittelstand, der langsam dahinsiecht. Rentner aller Art wissen ihr Leben bei den hohen Preisen nicht mehr zu fristen. Aber auch die breite Masse der Arbeitnehmer leidet in immer wachsenderer Maße Not. Es ist schon lange nicht mehr richtig, daß, wie man so häufig hören kann, die Arbeiterschaft verstanden habe, ihre Lebensführung durch Angleichung der Höhe an die Teuerungserhältnisse von früher her aufrechtzuerhalten. Auch im Arbeiterhaushalt ist Schmalhans Käschenreiner, wenn nicht gerade mehrere Mitglieder der Familie fernschick tätig sein und ein gutes Stück Geld gemeinsam verdienen können. Wie überall, so wächst auch in der Arbeiterschaft mit den Teuerungsgesetzen die Not, Konsumgüter für Kleidung und sonstigen Bedarf müssen unterbleiben, und die tägliche Nahrung wird zusehends dünnflüssiger und knapper. Die gleiche Not schmeckt Arbeiterschaft und Mittelstand, schmeckt die große Masse des deutschen Volkes zu einer untreueren Solidaritätsgemeinschaft zusammen. Die Nahrungsorgane freisen am Mark unseres Volkes. Wie soll insbesondere der Arbeiter, der in schwerem Dienste die wirtschaftlichen Güter schaffen muß, Mark und Kraft in den Knoden haben, wenn ihm und seiner Familie nicht das nötige Quantum und die unentbehrliche Qualität an Nahrungsmitteln zugute kommt? Ein schwer arbeitendes Volk wie das unsere muß ausreichend genährt sein, alles andere tritt hinter diese Unnotwendigkeit zurück, leider auch die Pflege der Kulturarbeit, auf die wir, wie es scheint, in wachsendem Maße zu verzichten lernen müssen. Erst leben, um zu arbeiten, dann erst kann von der Bereinerung des Lebens und der Saquemlichkeit geredet werden. Wir verstehen und würdigen also die Stimmung der Arbeiterschaft, die sie zum Streifen drängt, um dadurch höhere Löhne zu erhalten. Wir richten auch an die Arbeitgeber, die noch verdienen und in nicht seltenen Fällen noch reichlich verdienen können, den dringenden Appell, gerade in dieser Zeit in der Frage der Lohn-erhöhung möglichst großzügig zu denken und zu handeln. Ein Zulohnenbruch der Arbeit bedingt auch ein Zulohnenbrechen ihrer Einnahmequellen; wenn auch angegriffen der Gebdenwertung die namentlich von feindlicher Seite ausgefretten Behauptungen über die ungebührlichen Gewinne der Industrie vielfach übertrieben sind, wenn hier und da schon Kurzarbeit oder gar Stilllegung in erschreckendem Umfang eintreten müßten, so wird es doch in vielen anderen Fällen noch wirtschaftlich erträglich sein, der Not der Arbeiterschaft durch Eingehen auf ihre berechtigten Wünsche zu steuern und damit höhere Erleichterungen des Wirtschaftlichen durch umfangreiche Streiks zu vermeiden.
Aber auch an die Arbeiterschaft muß die Mahnung gerichtet werden, Einigkeit und Besonnenheit zu wahren und sich gerade in der jetzigen Zeit, in der ihnen fast ihre Lohnsätze weite Kreise des Bürgertums Verständnis entgegenbringen, nicht von Sekern und Aufwiegleren beeinflussen und in Richtungen drängen zu lassen, die ganz abseits stehen von der an sich berechtigten Forderung nach genügend Brot und Lohn für Mann, Frau und Kind. Die gefährlichen Wortfeind, die nicht selten die Meinung sind, daß erst einmal alles kurz und klein gelassen werden muß, es besser werden kann, sind die schlechtesten Begehrten für unsere deutsche Arbeiterschaft. Die durch jahrelangem Kampf in ihrer Arbeiterschaft

Vor amtlichen englischen Erklärungen.

Lord Curzon als Sprecher.
(Eigene Drahtmeldung.)
London, 5. Juni.
Gestern Abend wurde mitgeteilt, daß die Regierung die Absicht hat, ihren Standpunkt zum Reparationsproblem bekanntzugeben, und Lord Curzon den Auftrag erteilt hat, diesen Mittwoch im Unterhaus eine Rede darüber zu halten. Sir Robert Gray wird die Debatte mit einer Anfrage eröffnen, wie weit die vorstehenden Absichten, die von der Presse der Regierung in der Reparationsfrage zurückgegriffen werden, zutreffen.

Das deutsche Memorandum.

Uebereichung am Donnerstag.
(Eigene Drahtmeldung.)
Berlin, 5. Juni.

Das Reichsamt hat gestern über den neuen deutschen Schritt bei den alliierten Mächten eingehend Bericht gegeben. Heute werden sich Sonderdeputierte von Berlin nach London, Paris, Rom und Brüssel begeben, um den dortigen deutschen diplomatischen Vertretungen den Text eines Memorandums zu übergeben, das den alliierten Regierungen dann Donnerstag vormittag durch die Botschafter bzw. Geschäftsträger überreicht werden wird. Es verbleibt sich aus nachliegenden politischen Gründen, über den Inhalt dieses Memorandums, das als eine Erläuterung der ersten deutschen Note zu bewerten ist, jetzt schon Einzelheiten in der Öffentlichkeit mitzuteilen. Nur soviel sei bemerkt, daß eine detaillierte Auseinandersetzung über die künftigen und zu erwartenden Garantien des Kernstück des Memorandums darstellt. Im ersten Abschnitt sollen die Gesamtverpflichtungen der deutschen Wirtschaft für eine bestimmte Zeit von Jahren genau festgelegt werden. Der zweite Abschnitt erörtert die Frage der Annuitäten und der Zahlungen, die die Deutschen sonst aufzubringen bereit ist. Die Regierung dieses ist nicht in der Lage sehen, eine feste Entsumme zu nennen. Der dritte Abschnitt befaßt sich mit dem internationalen Schiedsgericht, das über Deutschlands Zahlungsfähigkeit eine endgültige Entscheidung treffen soll. Eine Selbstverständlichkeit ist, daß Deutschland als vollberechtigtes Mitglied bei diesem Schiedsgericht vertreten sein muß. Der Reichsanwalt empfing Montag nachmittag die Führer der Reichsstaatsratoren zu vertraulichen Besprechungen über die Note, die von der Reichsregierung an die alliierten Mächte gerichtet werden soll. Zuerst wurden die Vertreter der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, darauf die der Deutschen Nationalen und zum Schluß die Führer der sozialdemokratischen Reichsstaatsratoren empfangen. Der Reichsanwalt teilte den Parteiführern den Inhalt des deutschen Schrittes mit. Während die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Sozialdemokraten ihre Zustimmung erklärten, befielen innerhalb der deutschen Nationalen Fraktion mehrere Reihen gegen den Inhalt der Note.

Mailand, 5. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Unterstaatssekretär des Ministerpräsidenten Acerbo teilte in Rom mit, daß der Ministerpräsident Mussolini am 8. Juni im Senat eine bedeutungsvolle politische Rede halten will.

Frankreich verlangt Kapitulation.

Keine Vorschläge, sondern Diktat.
(Eigene Drahtmeldung.)
Paris, 4. Juni.

Die Absichten, mit denen Frankreich nach Brüssel geht, unterscheiden sich nach den offiziellen Äußerungen, die man in der Presse findet, in keinem Punkte von der bisherigen Haltung, die Frankreich der Wiederherstellungsfrage gegenüber einnahm. Frankreich will keine Verhandlungen, sondern die Kapitulation Deutschlands. Es will keine eigenen Vorschläge bekanntgeben, die mit den Vorschlägen der anderen Verbündeten und denen Deutschlands verglichen und im günstigsten Falle in Einklang gebracht werden könnten, sondern es will diktieren. Der "Temps" schreibt: Die Antwort der Alliierten werde gemeinsam sein, wenn Deutschland seinen passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufgibt. Dann nämlich würden die Verbündeten sich über die Bedingungen, die sie zu stellen doch nicht einigen können. Wenn Deutschland den passiven Widerstand nicht aufgibt, würde Frankreich wiederum keine andere Antwort haben, als die, daß dieser Widerstand erst aufgegeben werden müsse. Ginge der Widerstand wäre es dann, eine gemeinsame Antwort dadurch zu ermöglichen, daß sie sich Frankreich anschließen. Ganz so einfach und klar, wie das offiziöse Pariser Organ die kommende Entloftung darstellt, dürfte es sich denn doch nicht politisch. England hat seinen Willen zu einer selbständigen Haltung bereits bekanntgegeben, und auch Belgien hat unüberzogen einen Anlauf zu einer selbständigen Politik genommen, die eine gewisse Annäherung an England erkennen läßt.

Der Landbund zur Garantiefrage.

Am Montag tagte auch die Vertreterversammlung des Reichslandbundes, um sich mit der Garantiefrage zu befassen. In dieser Besprechung wurden feste Beschlüsse gefasst. Die Aufhebung der Landwirtschaft läßt sich wie folgt zusammenfassen: Wenn durch die Hergabe des landwirtschaftlichen Vermögens Deutschland von seinen Feinden befreit werden könnte, würde die Landwirtschaft bereit sein, dementsprechend zu handeln. Da aber diese Befreiung in landwirtschaftlichen Kreisen, wie in

Die englische Note an Rußland.

Schau der beiderseitigen künftigen Institutionen.
London, 5. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Grundlagen der englischen Note an Rußland sind veröffentlicht worden. Das Dokument ist in verständlicher Sprache gehalten. Es schlägt den Blickpunkt eines Abkommens vor, worin die beiden Regierungen sich verpflichten sollten, keinerlei Bewegung zu unterstützen, durch die die bestehenden politischen Institutionen Rußlands oder Großbritanniens untergraben würden.

